Ungarn, kleines Land ganz groß

■ ZOLTÁN KISSZELLY

Was ist los in Ungarn? Die Frage wird seit dem erdrutschartigen Wahlsieg 2010 von Viktor Orbáns Fidesz oft gestellt. Der ehemalige Spitzenreiter unter den Transformationsstaaten schien zum Schlusslicht zu verkommen. Wenn Ungarn aber, wie man liest, eine so schreckliche und korrupte „Diktatur" sein soll, warum wurde dann die Regierung 2014 wiedergewählt und warum führen die Regierungsparteien ein Jahr vor der Wahl haushoch in den Meinungsumfragen?

In Ungarn, wie überall östlich der Elbe, ist die Geschichte bis heute ein Kompass. Das Land wurde 1945 von den Sowjettruppen besetzt und hatte im Gegensatz zu Österreich nicht das Glück, in die Unabhängigkeit entlassen zu werden. Das prägt bis heute.

Die kommunistische Ära saugte das Land aus, Unternehmen, Vereine, Gemeinden, Kirchen und die Mittelschicht hatten keine Chance, Kapital zu akkumulieren. Die Wende 1990 oder der EU-Beitritt 2004 erschien vor diesem Hintergrund als Befreiungsschlag, der Ungarn in österreichische, westdeutsche oder gar schwedische Wohlstandsgefilde katapultieren sollte. Das ist bekanntlich nicht erfolgt, deshalb hat die von Fidesz proponierte nationale Alternative nach 2010 eine so große Unterstützung erhalten.

Die von der ungarischen Opposition inzwischen unisono offerierte „westliche" Mainstream-Alternative erwies sich nach 1990/2004 für die Mehrheit der Ungarn (wie der Amerikaner und Briten) als nicht attraktiv genug. Statt einer Rückkehr zum Status quo ante gibt die Mehrheit Fidesz als dem kleineren Übel immer noch eine Chance.

Nach der Wiederwahl der Fidesz-Regierung 2014 wurde die internationale Kritik leiser, um in der Flüchtlingskrise 2015 zu einem Ungarn-Bashing auszuufern. Die Zeit scheint aber wieder Budapest Recht zu geben. Österreich baut „Tore mit Seitenflügeln" und euphemistisch „Rückkehrzentren" genannte Transitzonen, Kanzlerin Merkel spricht im Wahljahr plötzlich auch mehr von der „Behebung der Fluchtursachen" als von „Willkommenskultur".

Ungarn ist 2015–17 im Westen wegen der entschiedenen Haltung zur Migration interessant geworden, der seit Oktober 2015 durch die polnische Regierung zusätzliches politisches Gewicht verliehen wird. Ungarn ist aber auch aus anderen Aspekten interessant. Im Gegensatz zu Griechenland wurde der Staatshaushalt nach 2010 durch eine gerechtere Lastenverteilung auch auf Kosten ausländischer Konzerne mit Sondersteuern saniert, der neoliberale IMF vor die Tür gesetzt. Die Banken wurden für die Sanierung der toxischen Fremdwährungskredite kräftig zur Kasse gebeten.

Die Sozialpolitik wurde auch umgekrempelt. Statt wie früher Geld mit der Gießkanne zu verteilen, wird jetzt die lasttragende Mittelschicht durch gezielte Steuerkredite (für Kinder oder Eigenheime) entlastet, während die Unterschicht (darunter viele Roma) durch Anreize zum Schulbesuch und zur Arbeitssuche angehalten wird. Die neue soziale Ordnungspolitik fördert die Eigenverantwortung der Erwachsenen und setzt auf gezielte Sachhilfen für Bedürftige, so erhalten Kindergarten- und Schulkinder z. B. gratis Speisung (auch in den Ferien) und Schulbücher, sozial schwache Familien und Rentner können für symbolische drei Euro am Balaton Urlaub machen.

Der Kontrast zu den „verschwendeten acht Jahren" (2002–2010) ist gravierend. Die linksliberalen Regierungen hinterließen hohe Staatsschulden und daraus resultie-

Zoltán Kisszelly, 1971 geboren in Budapest, wuchs in Ost-Berlin auf. Studium der Politikwissenschaft in Budapest, Berlin und Bonn. Kisszelly kommentiert regelmäßig in ungarischen und internationalen Medien die Parteipolitik in Ungarn.

rend ein überhöhtes Defizitverfahren der EU. Die Fidesz-Regierung sanierte den Haushalt ohne das Geld westlicher Steuerzahler, die Staatsverschuldung wird heute zunehmend in der Landeswährung statt in Fremdwährung finanziert, was das Land krisenfester macht.

Vor 2010 waren die Hauptauftragnehmer der Großprojekte meist ausländische Konzerne, heute sind es meist einheimische, was dann außerhalb der ungarischen Grenzen als Korruption angeprangert wird. So bleibt von den EU-Fördergeldern auch mehr im Land und fließt weniger wieder postwendend nach Westeuropa zurück. Das gilt auch für das Ackerland, wo anstatt ausländischer Grundbesitzer EU-konform einheimische zum Zug kommen und von der EU-Agrarförderung profitieren.

■ Wir Ungarn fühlen uns im Vergleich zu den Modernisierungszentren immer verspätet und abgehängt.

Vor 2010 ließen die linksliberalen Regierungen die profaschistischen Jobbik-Garden grassieren, seit 2010 herrscht ein Uniformverbot, die Polizei wurde mit 3000 Mann verstärkt. Es sind liberale Intellektuelle, die heute mit der früher als latent antisemitisch gebrandmarkten Jobbik-Partei politisch zusammenarbeiten wollen.

Heute schauen viele auf Ungarn und die Visegrád-Staaten als eine Alternative zur „Willkommenskultur"-Politik von Berlin und Brüssel. Was sind die Triebfedern und Ziele von Orbáns Politik?

Wir Ungarn fühlen uns im Vergleich zu den Modernisierungszentren immer verspätet und abgehängt. Wie zu Zeiten des Grafen Széchényi in den 1830-ern erscheint wieder die angelsächsische Welt als Motor der Entwicklung, während die EU, insbesondere die Eurozone als lahme Ente dasteht.

Die zwiegespaltene ungarische Elite sieht wieder einmal zwei Möglichkeiten. Die städtische pro-westliche Elite möchte, auch auf Kosten der nationalen Souveränität, Teil einer größeren integrierten Einheit werden. Vor 150 Jahren waren das der Ausgleich mit Österreich und die Monarchie, heute ist es die EU und ein sich anbahnendes „Kerneuropa".

Die vorwiegend ländliche Elite sieht diese Mitgliedschaft ebenfalls als eine (unumgängliche) Notwendigkeit, möchte aber in den strategischen Fragen nicht auf die nationale Souveränität verzichten. Kurz gesagt macht Budapest (und Warschau) heute dort weiter, wo London vor dem Brexit aufgehört hat. Ungarn will in der EU bleiben, den Euro aber nicht einführen, um die wirtschaftspolitische Souveränität nicht aus der Hand zu geben.

In der Literatur wird dieses Bestreben oft als „aufholende Modernisierung" von weniger entwickelten Staaten der Halb-Peripherie beschrieben, von anderen oberflächlich als „Rosinenpicken" abgetan. Mit Fidesz regiert heute in Ungarn die ländlich geprägte protestantische Elite, die national, antikommunistisch und vor allem skeptisch gegenüber der Empathie weit entfernter Machtzentren ist. ■

Die Arroganz jener europäischen Länder, die sich für das Zentrum des Kontinents halten, gegenüber dem, was sie ausgesprochen oder unausgesprochen zum Rand erklären, ist oft unfassbar. Und das betrifft nicht nur den »Balkan« – ein Signalwort für den kolonialistischen Blick auf die Peripherie –, sondern zumindest alle Länder, die man einmal in die bequeme Begriffstasche »Osteuropa« stecken konnte. Ein deutlicher Ausdruck dessen sind die grotesk unterschiedlichen Maßstäbe, die in der Öffentlichkeit, in den Medien und vor allem auch in der Politik wie selbstverständlich an die »neuen«, seit 2004 beigetretenen EU-Länder und an die »alten« Mitglieder angelegt werden. Die Neuen werden immer wieder auf Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung überprüft, obwohl dort nicht einzelne Stadtteile oder gar ganze Städte unregierbar geworden sind wie in Italien, wo man die Mafia hinnimmt, als gehörte sie zur Folklore. Dem Neu-Mitglied Litauen wurde 2007 der Euro verweigert, weil es die erlaubte Inflationsobergrenze um 0,1 Prozentpunkte verfehlt hatte – von denselben Ländern, die Druck ausgeübt haben, dass Griechenland der Eurozone beitreten kann. Was Wunder, wenn ein Land wie Ungarn aus einem Minderwertigkeitskomplex heraus seinen Nationalstolz entwickelt und nicht alles automatisch übernehmen will, was aus dem alten Westen glänzt.